

Gruppe 180°:

Selbstverständnis

»Seien wir doch mal realistisch: Mit dem Kapitalismus ist keine menschenfreundliche Gesellschaft zu machen. "Soziale Marktwirtschaft" & Co, die glauben, den Kapitalismus 'bändigen' zu können, sind doch nichts als schlechte Utopien. Schauen wir uns doch mal die nackten Tatsachen an. Um eine Gesellschaft einzurichten, die den Bedürfnissen der Einzelnen gerecht wird, hilft nur noch diejenige Bewegung, die die herrschenden Verhältnisse insgesamt aufhebt: der Kommunismus.«

Gruppe 180° - Fuer Einen Neuen Realismus, Goettingen 2007



Kapitalismus als Warenproduktion

Die bestehende Gesellschaft ist eine kapitalistische. Unter Kapitalismus verstehen wir – in Anlehnung an Karl Marx – eine Gesellschaft, deren „Reichtum als eine ungeheure Warensammlung“¹ auftritt. Diese besondere Form von Gesellschaft wird von allen Menschen durch ihr Handeln geschaffen, verselbständigt sich jedoch gegenüber den Menschen und tritt ihnen als selbständige, sie beherrschende Gewalt gegenüber. Die Ware wird zum Kapital und „verwandelt sich so in ein automatisches Subjekt“².

Die Eigenschaft des Kapitals, den Menschen als eigenständige Gewalt gegenüberzutreten, obwohl es doch von ihnen geschaffen wurde, lässt sie zu Anhängseln eines automatischen Prozesses – der Kapitalakkumulation – werden. Sie zählen nicht mehr als Menschen, ihre Verhältnisse untereinander werden zu Verhältnissen von Dingen. Diese Verdinglichung lässt die gesellschaftlichen Prozesse als etwas ganz und gar Natürliches erscheinen, auf das menschliches Handeln keinen Einfluss hat. Das ist es, was Marx Fetischismus nannte – und was wir überwinden wollen.

Eine zentrale Kategorie der Kritik ist dabei für uns die „Arbeit“, die als solche weder eine überhistorische Notwendigkeit, noch eine erstrebenswerte Wohltat

darstellt. (Lohn-)Arbeit ist die zentrale Vermittlungsinstanz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Und entsprechend gilt es nicht, mehr Arbeit für alle einzufordern, sondern gerade, die Arbeit als solche zu überwinden und Platz zu machen für das selbstbestimmte Tätigsein der Menschen.

Moderne Herrschaft lässt sich entsprechend nicht in erster Linie als Gegenüber von Herrschenden und Beherrschten fassen, bei dem die einen von den anderen unterdrückt und ausgebeutet werden. Herrschaft ist vielmehr etwas, das von uns allen geschaffen wird und das durch uns alle hindurchgeht. Das heißt jedoch auf der anderen Seite nicht, dass es keine Hierarchien gäbe und dass an diesen Hierarchien nicht auch unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und Lebenschancen hängen würden. Sowohl materielle Reichtümer als auch das individuelle Lebensumfeld oder gesellschaftliche Entscheidungskompetenzen spielen nach wie vor eine Rolle. Dies gilt es immer zu berücksichtigen, es darf jedoch nicht zum alleinigen Ausgangspunkt von emanzipatorischer Kritik und Praxis werden. Diese darf sich also weder in Personalisierung noch in rein strukturalistischer Analyse des Kapitalverhältnisses erschöpfen.

Ideologiekritik

Gerade weil Herrschaft durch uns hindurchgeht, ist es wichtig, sich mit der eigenen Verstricktheit darin auseinanderzusetzen. Dabei gilt es nicht nur, die eigenen Privilegien zu reflektieren, sondern auch, sich mit den unterschiedlichsten Formen von Ideologien auseinanderzusetzen. Da die gesellschaftlichen Zusammenhänge in der kapitalistischen Gesellschaft oftmals nicht als das, was sie sind, sondern lediglich verschleiert erscheinen, verstricken sich die Menschen oftmals in notwendig falsche Vorstellungen davon, wie die Gesellschaft tatsächlich strukturiert ist. Das hat nicht zuletzt auch Auswirkungen auf eine emanzipatorische Perspektive.

Versatzstücke bürgerlicher Ideologie können immer wieder in vermeintlich befreiende Kritik hineinspielen. Beispiele dafür wären etwa der strukturelle Antisemitismus einiger Formen von Kritik am Finanzkapital oder eine nationalistische Kritik an Rassismus, die diesen nur aus der Perspektive deutscher Hegemonievorstellungen

kritisiert. Oder aber auch eine geschlechtsblinde Kritik, die sich lediglich auf männliche Erfahrungswelten bezieht, alles andere (in schlechter alter Tradition) schlicht übersieht.

Diese Vorstellungen prägen das Denken und nicht zuletzt auch das Handeln der Menschen in dieser Gesellschaft. Darum gilt es, sie politisch zu bekämpfen. Sexismus, Rassismus und Antisemitismus stellen dabei für uns ebensowenig wie andere Ideologien und Unterdrückungspraxen Nebenwidersprüche dar, die wahlweise nach einer zukünftigen Revolution anzugehen wären oder sich mit dieser gar erledigt hätten. Auf der anderen Seite ist es uns aber auch nicht genug, bei einem beliebigen und unbegriffenen Nebeneinander unterschiedlicher Denk- und Unterdrückungsformen stehen zu bleiben. Hier würde es gerade darauf ankommen, die spezifische Einbettung in die bürgerlichen Verkehrsformen darstellen und kritisieren zu können.

Alles Krise oder was?

Über die zunehmende und sich verfestigende Ideologiebildung hinaus nehmen wir wahr, dass es einen reibungslos funktionierenden Kapitalismus nicht gibt. Vielmehr kommt es innerhalb der kapitalistischen Verwertung immer wieder zu Dysfunktionalitäten und derzeit scheint er sich in einer Krise zu befinden. Unterschiedliche Auffassungen haben wir

allerdings darüber, wie genau der Charakter dieser Krise beschaffen ist. Handelt es sich um eine Krise der Arbeitsgesellschaft, in der Arbeit als wesentlicher Integrationsmechanismus versagt? Handelt es sich im Zuge dessen vielleicht gar um eine Verwertungskrise, in der der gesamtgesellschaftlich produzierte Reichtum (in seiner Wertform) sinkt? Gibt es eine

Krise der bürgerlichen Verkehrsformen, die zu einer Barbarisierung der gesellschaftlichen Prozesse führt? Oder haben wir es mit einer ideologischen Krise des Leistungsprinzips zu tun, das nun mittels

sozialer Reformen neu organisiert werden soll? Darauf haben wir keine eindeutige Antwort. Klar ist nur: für die Menschen wird es nicht besser.

Kapitalismus und Patriarchat

Bestimmte Bereiche gesellschaftlichen Miteinanders sind zwar für die Gesellschaft notwendig, gehen aber nicht in der Warenproduktion auf und lassen sich nicht oder zumindest nicht ohne Weiteres in kapitalistische Formen überführen. Sie bilden die stille Voraussetzung einer auf der Verwertung des Werts basierenden Gesellschaft, funktionieren nach anderen Logiken und müssen entsprechend mit anderen theoretischen Mitteln erfasst werden. Diese Bereiche wurden gesellschaftlich an die Frau delegiert und bilden die Grundlage des modernen Patriarchats. Denn die beiden Sphären stehen nicht einfach nebeneinander, sondern sind klar hierarchisiert. Gesellschaftlich anerkannt wird nur die „männliche“ Sphäre von Erwerbsarbeit, Politik und Öffentlichkeit. Das „Weibliche“ als vermeintlich natürliches, emotionales und privates wird hingegen abgewertet. Mit Roswitha Scholz sprechen wir hier von „Abspaltung“. Dabei stellen sowohl Männlichkeit als auch Weiblichkeit keine natürlichen Phänomene, sondern gesellschaftlich konstruierte Kategorien dar. Diese Trennung wirkt sowohl in der materiellen Realität als auch in die psychischen Dispo-

sitionen der Individuen hinein: die Abspaltung in Männlichkeit und Weiblichkeit mit all ihren Ausformungen setzt sich in allen Individuen fort.

Damit einher geht auch die Herausbildung einer heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit. Frauen und Männer existieren parallel zur Abspaltungsstruktur als sich gegenseitig ausschließende Gegensätze, die (sexuell) ausschließlich aufeinander bezogen sind. Die von dieser zweigeschlechtlichen Struktur mit hervorgerufenen, aber in den Begriffen von (heterosexueller) Männlichkeit und Weiblichkeit nicht aufgehenden Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten werden ausgeblendet und diskriminiert.

Und das Alles nicht (nur) aus Bösartigkeit einer männlichen Herrscherclique, sondern auch in diesem Fall aus den strukturellen Gegebenheiten des warenproduzierenden Patriarchats heraus. Weil sie notwendig sind, um die Wertvergesellschaftung aufrechterhalten zu können. Auch wenn das den Handelnden nicht unbedingt bewusst ist. Ohne das Patriarchat gäbe es den Kapitalismus in dieser Form nicht.

Der Staat

Auch der Staat stellt keine sich unabhängig von der Ökonomie bewegende Institution dar. Er ist vielmehr immer auf Wertvergesellschaftung und Abspaltung verwiesen, unverzichtbarer Teil von ihr, wirkt als „ideeller Gesamtkapitalist“ und ist im Rahmen radikaler und emanzipatorischer Praxis abzuwickeln. Dabei ist es situativ durchaus denkbar, strategische Forderungen an den Staat zu stellen. Sei es, um in eine gesellschaftliche Ausein-

andersetzung eintreten zu können oder um einfach nur die materielle Versorgung der Menschen zu verbessern. Trotzdem muss er Gegenstand der Kritik sein. Dass bestimmte Forderungen in dieser Gesellschaft scheinbar nur über den Staat und die entsprechenden politischen Formen formuliert werden können, ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Perspektivisch kann der Staat kein Adressat für emanzipatorische Forderungen sein.

Perspektive

Die politische Perspektive stellt für uns die freie Vereinbarung freier Individuen dar. Wir wollen die selbstzweckhaften Formen der Vergesellschaftung überwinden und für eine Welt kämpfen, in der die Menschen tatsächlich auf ihre Lebensumwelt Einfluss nehmen können.

Dabei lässt sich im Hier und Heute kein Modell entwickeln, wie die Gesellschaft der Freien und Gleichen aussehen soll. Das muss aber auch gar nicht passieren. Das in der bestehenden Gesellschaft etwas ganz grundsätzlich schief läuft, scheint uns kaum übersehbar zu sein. Auch wer keine Lösung in der Tasche hat, muss sich das Recht auf Kritik herausnehmen dürfen. Darüber hinaus wäre das Vordenken eines gesellschaftlichen Modells selber herrschaftsförmig.

Emanzipative Vergesellschaftung zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die Lebensbedingungen von den Menschen, die in ihr Leben wollen, bestimmt werden - und nicht von einer vermeintlich voranschreitenden Elite. Es lassen sich höchstens allgemeine Ansprüche formulieren, die sich negativ aus den kritisierten Zuständen ergeben. So etwa das Ziel, gemeinsam Organisationen zu schaffen, die das Auskommen der Einzelnen unabhängig von der Willkür und den Ansprüchen des Kollektivs sicherstellen. Dass die heutige Form der Vergesellschaftung eine herrschaftsförmige ist, heißt nicht, dass wir auf soziale Kooperation als solche verzichten könnten. Sie zu entwickeln und voranzubringen ist wichtiges Ziel emanzipatorischer Politik.

Was heißt das nun für unsere politische Praxis?

Theorie und Praxis müssen zusammen gedacht werden. Sie müssen sich aus

dem jeweils Anderen herausbilden und sich vor den Ansprüchen des Anderen bewähren. Eine Praxis ohne Rückkoppelung auf die Theorie wäre ebenso falsch, wie eine Theorie, die lediglich zur Legitimation einer vorher bestimmten Praxis dient. Auf der anderen Seite ist es aber durchaus denkbar, dass sich etwa die Einschätzung von bürgerlichen Subjektivitäten durch die Praxis in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung verändert.

Dass Theorie und Praxis aufeinander bezogen sein sollten und sich gegenseitig bedingen heißt nun aber nicht, dass sich alle Widersprüche zwischen Theorie und Praxis immer restlos auflösen lassen.

Das revolutionäre Dreieck

Nach unserem Verständnis sind ganz grundsätzlich drei Formen emanzipatorischer Praxis für die Überwindung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wichtig: einerseits muss es – gerade angesichts der immer weiter fortschreitenden Zumutungen an die Menschen – immer auch darum gehen, Widerstand zu leisten, Zumutungen nicht hinzunehmen. Darüber hinaus ist widerständige Praxis immer auch ein Ort, in dem sich neue Subjektivitäten herausbilden können. Trotzdem kann sich eine radikale Praxis nicht darauf beschränken, sich nur auf diesen einen Punkt zu konzentrieren. Vielmehr muss es auch darum gehen, erste Formen einer nicht-warenförmigen Lebenspraxis zu etablieren. Ideen, wie die der NutzerInnengemeinschaften scheinen uns

Manchmal muss es auch möglich sein, sie zu benennen und im Auge zu behalten. Politische Maßnahmen des Empowerments – etwa im Rahmen der Frauenförderung – stärken die Aufteilung der Gesellschaft in zwei Geschlechter, die selber emanzipativ überwunden gehört. Trotz allem kann angesichts real existierender patriarchaler Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nicht einfach auf solche Maßnahmen verzichtet werden. Hier gibt es kein pauschales richtig oder falsch, vielmehr muss von Situation zu Situation entschieden werden, wie mit diesem Widerspruch sinnvoll umgegangen werden kann.

hier eine praktikabel und weiterführend zu sein.³

Auch sonst gilt es stets, Keimformen einer anderen Vergesellschaftung auszuprobieren, auch wenn stets klar sein muss, dass diese Keimformen nie das ganz Neue sind, sondern immer noch im Alten verhaftet bleiben (müssen) – auch wenn sie perspektivisch darüber hinausweisen. Ebenfalls unverzichtbarer Teil politischer Praxis ist die theoretische Arbeit, sowohl in Form der politisch-theoretischen Diskussion als auch in Form der Theorievermittlung, also letztlich der politischen Bildungsarbeit.

Diese drei Punkte lassen sich auch als „revolutionäres Dreieck“ beschreiben, bei dem jeder einzelne Punkt stets auch mit

den anderen zusammenhängt, von ihnen beeinflusst wird und sie selber beeinflusst. Und nicht zuletzt lassen sie sich

in der Realität nicht vollständig auseinanderhalten.

Selbstorganisation und Gruppenprozesse

Alles dies wollen wir aber nicht als Einzelpersonen erreichen, sondern gemeinsam. Darum ist es uns wichtig, ganz grundsätzlich Erkenntnisse auch in unserer Gruppenpraxis zu berücksichtigen. Zum einen gilt es darauf zu achten, dass das eigene politische Handeln nicht zum Selbstzweck wird. In ständigen Selbstreflexionen muss es darum gehen uns darüber klarzuwerden, was wir wollen, warum wir es wollen und ob unsere aktuelle politische Praxis zu diesen Zielvorstellungen passt.

Wir begreifen unseren Gruppenprozess als Selbstorganisationsprozess. Dabei geht es stets darum, auf ein gleichberechtigtes Miteinander aller Beteiligten zu achten. Die Frage, ob tatsächlich alle am Prozess teilhaben, ist oftmals wichtiger als das schnelle und kompromisslose Erreichen eines wie auch immer festgelegten Zieles.

Nicht alle Leute müssen in allen der oben genannten drei Praxisfeldern gleichermaßen aktiv sein. Es muss immer auch möglich sein, sich parallel zu regelmäßigen Gruppentreffen in Kleingruppen

zu organisieren und tätig zu werden. Diese sollten aber stets dem Plenum zuarbeiten und nicht völlig unabhängig von diesem agieren. Ebenso bleibt eine gemeinsame Reflexion der politischen Erfahrungen notwendig – nicht zuletzt, um ein theoretisches oder praktisches Auseinanderdriften der Gruppe zu verhindern.

Neben dem nach außen gerichteten politischen Anliegen ist es aber auch stets wichtig, die eigene Verwickeltheit in die herrschenden Verhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren. Wir müssen dem nicht alleine gegenüberstehen, sondern können uns über und durch eine gemeinsame soziale Praxis solidarisch unterstützen. Die auch in der Linken übliche Vereinzelung muss letztlich auch in unserer kollektiven Praxis überwunden werden, unser Leiden in und an dieser Gesellschaft, unsere Befürchtungen in Bezug auf unser eigenes Leben und unsere Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft dürfen nicht außen vor bleiben, sondern sollten stets auch Raum bekommen.

Gruppe 180', Göttingen 2007

¹⁾ Marx-Engels-Werke (MEW) Band 13, 15 (Zur Kritik der politischen Ökonomie)

²⁾ MEW 23, 169 (Das Kapital, Band 1)

³⁾ Vgl. www.nutzigems.org

Gruppe 180°:

Kontakt: info@180-grad.net

Mehr Infos: www.180-grad.net



www.180-grad.net